



## KOMMENTAR

Stephan Gstraunthaler  
sgstraunthaler@bezirksblaetter.com

### Da braut sich etwas Neues zusammen

■ Man kann es als Zeichen der Wertschätzung verstehen. Vergangene Woche, beim Dialog der Stadtregierung mit der „Plattform Bürgerinitiativen“, waren alle sieben Regierungsmitglieder anwesend – ein seltenes Bild bei Verhandlungen. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass den Mitgliedern des Stadtsenates langsam klar wird, dass sich da etwas zusammenbraut. Noch ist es das diffuse Gefühl, dass sich die weit verbreitete Politikverdrossenheit kanalisiert, ja manifestiert. Die übergroße

**Stadt  
Blatt**

**INNSBRUCK**

Ausgabe 16  
Mi, 20. April 2016  
Gesamtauflage 276.808

E.-Bodem-Gasse 6,  
6020 Innsbruck  
Tel. 0512/ 320-0  
E-Mail: innsbruck.red@  
bezirksblaetter.com  
An einen Haushalt.  
RM 91A602002

# Verhärtete Fronten nach Bürgerdialog

■ Stadtregierung stellt Bürgerinitiativen-Vertreter „ins rechte Eck“ **Seite 8-9**

Stadt-Koalition ist mit einer außerparlamentarischen Oppositionsbewegung konfrontiert, über die sie nicht einmal mit ihrer 80-Prozent-Mehrheit drüberfahren kann. Saßen da etwa sieben Regierungsmitglieder am Tisch, um sich gegenseitig Mut zu machen? Klar ist jedenfalls, dass sich etwas verschiebt, dessen politische Bedeutung wohl erst in einigen Monaten abschätzbar ist.

**„Offenbar leben einige Regierungsmitglieder nicht in derselben Stadt wie wir!“**

Plattform-Sprecherin Anita Stangl ärgert sich über Ignoranz.

# Bürgerinitiativen: „So nicht!“

Der Dialog mit der Stadtregierung endet in einem Fiasko: „Man wollte uns ins rechte Eck stellen!“

■ INNSBRUCK (gstr). Der ältere Mann am Podium ist sichtlich mitgenommen, den Tränen nahe. „Sowas haben wir nicht verdient“, murmelt Siegfried Zenz mit gebrochener Stimme. Der ehemalige Architekt und Raumplaner war Teil jener Delegation, die im Namen der Bürgerinitiativen Innsbruck vergangene Woche zu einem Gespräch mit der Stadtregierung eingeladen wurde. Was die Bürgervertreter dort er-

„Einige Regierungsglieder wohnen offenbar in einer völlig anderen Stadt als wir!“

ANITA STANGL, SPRECHERIN

leben mussten, macht Zenz – Weggefährten beschreiben ihn als extrem liberalen Menschen – heute noch fassungslos. „Man wollte uns ins rechte Eck stellen. Weil wir aus einer offiziellen Statistik der Stadt das Wort ‚Ausländer‘ zitiert haben, wurden wir diffamiert“, schildert der Planungsexperte.

## Streitpunkt: Verdichtung

Generell zeigte sich beim Thema „Übermaß an baulicher Verdichtung“ eine zentrale

Bruchlinie zwischen den Positionen der Stadtregierung und den Anliegen der Bürgerinitiativen. Die Bürgervertreter sind überzeugt, dass viele Verdichtungsprojekte die Charakteristik der jeweiligen Stadtteile unwiederbringlich zerstören und den Menschen, die dort leben, die Wohnqualität nehmen. Zudem kritisieren sie die Vor-

„Die traurige Realität zeigt sich bei den Südtirolersiedlungen: Dort werden die Mieter hinausgemobbt.“

ANITA STANGL, SPRECHERIN

gangweise der Regierung bei etlichen Projekten. „Nehmen wir das Beispiel der Südtirolersiedlungen in Pradl. Nur noch wenige Menschen leben dort, der Rest wurde hinausgelockt, hinausgekauft oder hinausgemobbt. Alles mit dem Ziel, die Wohnanlagen abzureißen und durch Hochhauskomplexe zu ersetzen“, schildert Anita Stangl, Sprecherin der Plattform. Hier agiere die Stadt wie ein Immobilienhai.

## Fragezeichen: ÖROKO

Von Seiten der Stadt wollte man über die strittigen Projekte jedoch nicht einmal diskutieren. Das Hauptargument der Regierung war, dass die Schaffung von Wohnraum oberste Priorität habe und die Maßnahmen daher notwendig seien. Anhand von Statistiken



StR Gerhard Fritz verteidigte die bislang beschlossenen Verdichtungsprojekte.



Bgm. Oppitz-Plörer hatte die Vertreter der Bürgerinitiativen zum „Dialog“ geladen.

– und daraus resultierte die Eskalation des Gesprächs – wollte die Plattform zeigen, dass die (autochtone) Innsbrucker Bevölkerung seit Jahrzehnten bei 100.000 stagniert. Das stetige Wachstum im Ballungsraum und alle daraus resultierenden Probleme seien einzig auf den Zuzug von „Ausländern“ (vor allem Deutsche) zurückzuführen.



„Enttäuscht“ zeigten sich die Vertreter der Plattform (im Bild: Leo Pertl, Anita Stangl und Siegfried Zenz) über die Gespräche.

Fotos: Gstraunthaler

ren. Die Frage, wie die Stadt im Rahmen des ÖROKO (=Raumordnungskonzept) darauf reagieren will, wurde mit dem Vorwurf „rechtes Gedanken-gut“ gekontert. Wohl auch aus Verlegenheit – weil die Stadt bei der Erstellung des ÖROKO seit vielen Monaten säumig ist. Bei den Themenbereichen „Lärm“ und „Flüchtlinge“

waren die inhaltlichen Differenzen zwischen Stadt und Plattform weniger gravierend. Hier zeichnen sich Kompromisspositionen ab. Lediglich das Thema Neubau der Patscherkofelbahn ließ die Emotionen noch einmal hochgehen: „Sinnvolles Projekt“ kontra „Geldverschwendung“ waren hier die Positionen.